

Sozialismus.de

Heft 5-2019 | EUR 7,00 | C 12232 E

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



P. de Beer/M. Keune: Gewerkschaften in den Niederlanden

MEMO 2019: Mindestlohn und Tarifverträge

Beiträge u.a. von

Tanja Paulitz, Özlem Demirel, Martin Schirdewan, Hinrich Kuhls, Erhard Crome, Lutz Brangsch, Joachim Bischoff, Norbert Weber, Klaus Bullan



**Forum
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Wirtschaft wächst weiter



Chinas Wirtschaft ist im ersten Quartal 2019 mit 6,4% stärker als erwartet gewachsen. Beobachter hatten in den ersten drei Monaten dieses Jahres wegen der negativen Auswirkungen des Handelskrieges mit den USA ein langsames Wachstum prognostiziert. ...

Kein Grund zum Feiern



Vor 70 Jahren wurde die NATO gegründet – wahrlich kein Grund zum Feiern. Denn das transatlantische Waffen-Bündnis ist ein Konstrukt, das nie aus seiner »Kalten-Krieg-Logik« der Aufrüstung herausgewachsen ist. ...

Sozialdemokraten siegen in Finnland vor starken Rechten



Die Sozialdemokraten haben die Parlamentswahl in Finnland mit hauchdünnem Vorsprung gewonnen. Die Partei kam auf 40 der 200 Sitze im Parlament. Zweit- und drittstärkste Kraft wurden die rechtspopulistischen »Finnen« und die konservative Nationale Sammlungspartei mit 39 bzw. 38 Sitzen. ...

Internationale Schattenseiten

Erhard Crome: Widerstand gegen den Atomwaffenverbotsvertrag Gefahren für die internationale Sicherheit	2
Lutz Brangsch: Russland – Auf dem Weg zur dunklen Seite der Macht	7

EU-Wahlen als Referenden?

Hinrich Kuhls: Die Europawahl als neues EU-Referendum Das Dilemma der Brexit-Ratifizierung	11
Lothar Peter: Französische Intellektuelle über die Gelbwesten – kontroverse Positionen	16
Schockstarre überwunden, Blick nach vorn – Interview mit Özlem Alev Demirel und Martin Schirdewan zur Wahl des Europäischen Parlaments	23

Reformen & Widerstand

Wolf von Matzenau: »Die Kraft der Straße« – Machtopion für ein linkes Reformbündnis	27
Theo Steegmann: »Widerstand lohnt sich!« Die Geschichte der Bremer Hütte (zum Buch von Karl Lauschke u.a.)	30

Forum Gewerkschaften

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: Der gesetzliche Mindestlohn und die Folgen für das Tarifsysteem	31
Paul de Beer/Maarten Keune: Niederländische Gewerkschaften in Zeiten der Krise. Stabile Organisationen, aber abnehmender Einfluss	36
Otto König/Richard Detje: Transformation in der Autoindustrie #Fairwandel – für eine sozial gerechte Mobilitätswende	42

Banken-Giganten

Joachim Bischoff/Norbert Weber: Ein bundesdeutsche Großbank für das internationale Finanzcasino? Zu den Fusionsplänen von Deutscher Bank und Commerzbank	46
--	----

Mit Bildung gegen den Neoliberalismus?

Klaus Bullan: Von der Theorie des Humankapitals zum »bildungsindustriellen Komplex«	53
Tanja Paulitz: Neoliberale Schrumpfformen von Progressivität Feministische und anti-rassistische Politik mit der sozialen Frage verbinden ...	60

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum	25
Veranstaltungen & Tipps	68
Klaus Schneider: Border (Filmkritik)	69

Supplement

Paul Schäfer Israel: Reise in ein zerrissenes Land Warum Frieden in Palästina auf absehbare Zeit nicht zu erreichen ist	
--	--

Eine bundesdeutsche Großbank für das internationale Finanzcasino?

Zu den Fusionsplänen von Deutscher Bank und Commerzbank

von ■ Joachim Bischoff und Norbert Weber

Nach langem Zögern und vielen spekulativen Sandkastenspielen ist es seit einigen Wochen offiziell: Die beiden deutschen Finanzinstitute – Deutsche Bank und Commerzbank – loten in Sondierungsgesprächen einen Zusammenschluss aus. Die Deutsche Bank teilte mit, das Top-Management habe beschlossen, strategische Optionen zu prüfen. »Diese Optionen wird der Vorstand daraufhin bewerten, ob sie Wachstum und Profitabilität der Bank stärken. In diesem Zusammenhang bestätigen wir, dass Gespräche mit der Commerzbank geführt werden.« Es gebe »keine Gewähr«, dass es am Ende zu einer Transaktion komme. Die Commerzbank erklärte, es handle sich um »ergebnisoffene Gespräche«, die etwas länger dauern könnten, weil »Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehe«. Im Deutsche-Bank-Konzern ist der Widerstand gegen einen möglichen Zusammenschluss mit der Commerzbank groß. Die Belegschaft ist einer Umfrage des Gesamtbetriebsrats zufolge mit großer Mehrheit gegen eine Fusion. Das Projekt wird andererseits von der Bundesregierung unterstützt – insbesondere von Finanzminister Olaf Scholz (SPD) und seinem Staatssekretär Jörg Kukies, dem früheren Deutsch-

land-Chef von Goldman Sachs. Die Billigung seitens der Regierung ist verklausuliert formuliert: »Das Bundesfinanzministerium nimmt die Entscheidung der beiden Privatbanken, über die Möglichkeiten einer engeren Kooperation ergebnisoffen zu sprechen, zur Kenntnis. Wir stehen mit allen Beteiligten regelmäßig in Kontakt.«¹ Der Bund ist seit der Finanzkrise 2008 an der Commerzbank beteiligt, aktuell hält die Bundesrepublik Deutschland als größter Einzelaktionär noch rund 15% über den Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin). Die Deutsche Bank ist aus der Sicht der Bundesregierung einer der Schlüsselkonzerne der Republik. Die Koalitionsregierung sucht dabei die Unterstützung der Unternehmerverbände, die betonen, wie dringend die großen deutschen Unternehmen eine starke internationale Bank benötigen. Und das Interesse der Regierung am Bankensektor, das nach der Finanzkrise lange Zeit erloschen schien, stößt in den europäischen Bankenvierteln durchaus auf Wohlwollen.²

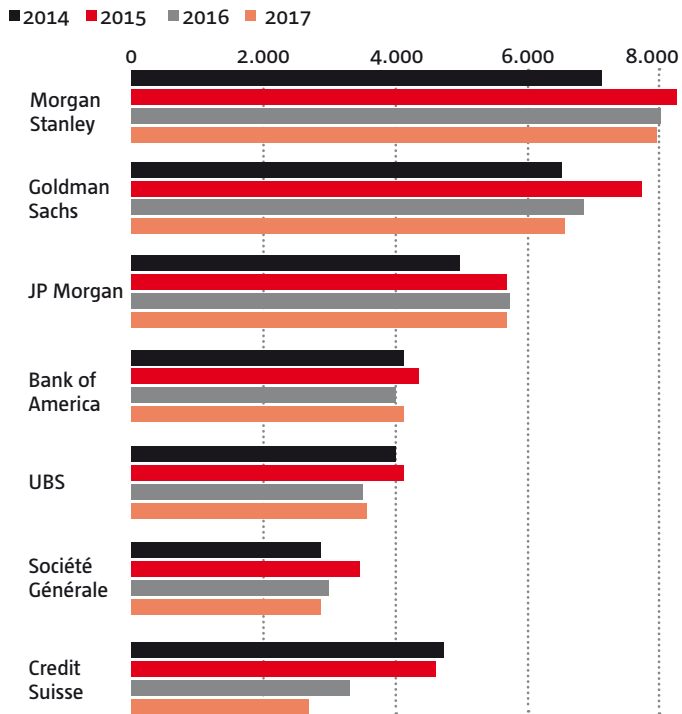
Deutsche Bank-Chef Christian Sewing ordnet die Sondierungsgespräche in eine umfassende Perspektive ein: Die Kon-



18.2.2019, Frankfurt am Main, Skyline mit dem Bankenviertel (Foto: dpa)

Abbildung 1: US-Banken sind die größten Aktienhändler

Einnahmen in Mio. Dollar



Quelle: Morgan Stanley

Tabelle 1: Deutsche Banken abgeschlagen. Top 10, nach Börsenwert sortiert

Rang	Name	Bilanzsumme*	Börsenwert in Mrd. Euro	Abstand zum Rekordhoch (%)	Preis/Buchwert
1.	JPMorgan Chase	2290,0	307,6	-10,7	1,51
2.	ICBC	3534,6	255,9	-36,1	0,92
3.	Bank of America	2056,0	249,0	-46,8	1,17
4.	Wells Fargo	1655,5	202,9	-23,6	1,34
5.	China Constr. Bank	2927,4	198,0	-37,0	0,81
6.	Agricultural Bank of China	2845,4	168,4	-25,5	0,72
7.	HSBC Holdings	2233,8	146,0	-34,7	1,01
8.	Bank of China	2623,0	139,5	-47,7	0,63
9.	Citigroup	1674,3	134,5	-88,6	0,87
10.	China Merchants Bank	815,9	104,5	-6,3	1,62
72.	Deutsche Commerzbank	1810,4	26,2	-	0,30
94.	Deutsche Bank	1348,0	16,7	-91,2	0,26
133.	Commerzbank	462,4	9,5	97,3	0,34

*in Mrd. Euro

Quelle: Bloomberg, Infografik WELT

solidierung der Bankenbranche in Deutschland und Europa sei ein wichtiges Thema. Zwar habe er zunächst die Entwicklung der Deutschen Bank als Priorität gesehen. »Gleichzeitig müssen wir uns aber dann mit Gelegenheiten beschäftigen, wenn sie sich bieten.« Man werde deshalb alle Optionen sorgfältig prüfen. Ziel sei es, »eine globale Bank mit einem starken Kapitalmarktgeschäft zu sein – basierend auf einer führenden Position in unserem Heimatmarkt Deutschland und Europa und mit einem weltweiten Netzwerk.« Er versprach, »ausschließlich wirtschaftlich sinnvolle Optionen« zu verfolgen. Die Erfahrung zeige, »dass es viele wirtschaftliche und technische Gründe geben kann, die einem solchen Schritt entgegenstehen können«.

Auch der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, unterstreicht die Notwendigkeit von tiefgreifenden Veränderungen: Das europäische Bankensystem sei »overbanked«. Deshalb sei eine Konsolidierung nötig. Manche Institute hätten eine Kosten-Ertrags-Relation von mehr als 80% (das gilt beispielsweise für die Deutsche Bank). Draghi benennt als Gründe dafür die Anzahl der Angestellten, der Filialen und das niedrige Niveau der Digitalisierung.

Fakt ist: In der Zeit nach der großen Finanz- und Bankenkrise haben sich die Machtverhältnisse im internationalen Finanzgeschäft deutlich verschoben. Die europäischen Geldinstitute haben sowohl im globalen Handelsgeschäft als auch im Investment Banking eindeutig an Boden verloren, es dominieren die amerikanischen Institute. Misst man beispielsweise die Erträge im Aktienhandel, stammen die vier größten Anbieter aus den USA (vgl. Abbildung 1). Das bedeutendste nichtamerikanische Institut ist die Schweizer Großbank UBS. Im Aktienhandel war sie schon immer eine Macht, in den turbulenten

Jahren 2008 und 2009, als die Bank ums Überleben kämpfte, verlor sie allerdings ebenfalls Marktanteile.

Mit einer Fusion von DB und Commerzbank entsteht zwar ein Finanzgigant mit rund 38 Mio. Privat- und Firmenkund*innen und anfänglich rund 140.000 Mitarbeiter*innen. Diese Großbank käme auf eine Bilanzsumme von 1,8 Bio. Euro, hätte 2.500 Filialen und einen kombinierten Marktanteil in Deutschland von 20%. Das klingt beeindruckend, ändert aber nichts an der Tatsache, dass die beiden Institute bei der Profitabilität international weit abgeschlagen sind, auch wenn die Deutsche Bank 2018 erstmals seit drei Jahren wieder schwarze Zahlen geschrieben hat. In Europa wäre das fusionierte Unternehmen nach Bilanzsumme und Börsenwert das drittgrößte Institut. Sein Börsenwert betrüge 26,2 Mrd. Euro. HSBC und BNP bringen es auf einen Börsenwert von 145 Mrd. Euro und 55 Mrd. Euro (siehe Tabelle 1). Mit Eigenkapitalrenditen, die laut dem »Economist« 0,4% (Deutsche Bank) und 3% (Commerzbank) betragen, sind beide Institute jedoch weit davon entfernt, ihre Kapitalkosten zu verdienen. Die Schweizer Großbank UBS kam 2018 zum Beispiel immerhin auf eine Rendite von 9,5%.

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber von Sozialismus. Von ihm erschien im März 2019 bei VSA: »Tickende Zeitbombe Finanzmärkte. Bankenkrise, globale Kreditketten und Alternativen im Post-Kapitalismus«. *Norbert Weber*, Bankfachwirt und Bankbetriebswirt, ist Fachreferent der LINKEN Bürgerchaftsfraktion Hamburg für Haushalt, Finanzen und Wirtschaft.

¹ Finanzstaatssekretär Kukies zur Linie des Ministeriums: »Ein starker Bankensektor ist in unserem volkswirtschaftlichen Interesse. Dafür setzen wir uns ein. Das bedeutet nicht, dass wir Fusionen treiben.« (FAS 14.4.2019) Wenn freilich eine Sanierung des Bankensektors den Marktkräften überlassen wird, läuft dies auf Begünstigung von Fusionen hinaus.

Mit dem Zusammenschluss ändert sich also die relative Schwäche des europäischen Bankensystems nur unwesentlich. Zwar sind einige Institute in erkennbar besserer Verfassung als zu Krisenzeiten, doch es existieren zu viele Banken und diese kämpfen z.T. mit Altlasten. Viele Banken sind seit der Finanzkrise nicht mehr in der Lage, ihre Kapitalkosten zu verdienen. Die Geschäftsmodelle von vor der Krise funktionieren im neuen regulatorischen Umfeld und mit dem technologischen Wandel immer weniger.

Zweitens leidet Europa an einer zu großen Bankendichte, ein Konsolidierungsprozess ist noch kaum in Gang gekommen. Während in den USA die Zahl der Banken seit 2007 um 38% abgenommen hat, hat sie sich in der Euro-Zone erst um 14% reduziert. Allein durch die Marktprozesse dürfte der überfällige Konsolidierungsprozess nicht vorankommen, überfällig ist eine Konsolidierung im Rahmen des Ausbaus der europäischen Bankenunion. Die von Juncker geführte EU-Kommission kämpft für eine drastische Veränderung im Rahmen einer europäischen Kapitalmarktunion. Brüssel erhofft sich vom Projekt nicht zuletzt eine Diversifizierung der Finanzierungsmöglichkeiten der Realwirtschaft und eine Senkung der Finanzierungskosten der Unternehmen, insbesondere der mittelständischen Betriebe (KMU). Sie finanzieren sich in der EU zu 80% über Banken und nur zu 20% über die Kapitalmärkte, also zum Beispiel über Börsen oder Beteiligungsgesellschaften. In den USA sei es gerade umgekehrt. Hätten die KMU mehr Finanzierungsquellen – neben den Kapitalmärkten beispielsweise auch Wagniskapital und Crowdfunding –, so würden die Probleme bei den Banken geringer in die Realwirtschaft überschlagen.

Keine Frage: Es gibt ernsthafte Krankheitssymptome. Banken, die damit beschäftigt sind, ihre Bilanzen zu bereinigen, tun sich schwer mit der Vergabe neuer Kredite. Das bremst die Wirtschaft, was wiederum das Problem der notleidenden Kredite verschärft. Aber statt auf einen Bankgiganten zu setzen, müsste die EU bei ihren Reformprojekten im Banken- und Kapitalmarktbereich vorankommen.

Es geht um eine Bereinigung der im Finanzsystem schlummernden Probleme. Die europäischen Banken kommen mit einer Sanierung schleppend voran und zugleich haben sie ein zu großes Gewicht bei der Finanzierung der Unternehmen. Die Konkurrenzbedingungen befördern eine Konzentration unter den europäischen Finanzhäusern. Aber: Banken gehören nicht halbherzig gestützt, sondern müssten neben den unverzichtbaren alltäglichen Geldgeschäften auf die Investitionen für den privatkapitalistischen und öffentlich-kommunalen Bereich ausgerichtet werden. Die Finanzialisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse hat ihren Wachstumszenit überschritten und neben den fragilen Strukturen in den Finanzsektoren zwingt die große Kluft zwischen Einkommen und Vermögenswerten zu einer einschneidenden Regulierung.

Die Förderung eines Bankgiganten ist der falsche Weg zur Lösung dieser Probleme. Neben der Rekapitalisierung von angeschlagenen Banken geht es um regulatorischen Schutz für die Verbraucher*innen. Die Steuerzahler*innen sollen nicht mehr für Bankpleiten einstehen müssen, sondern vor allem die Bankgläubiger zur Kasse gebeten werden. Dass all dies zu wenig geschieht, ist politisch bedingt und hat mit der unseligen Verflech-

tung von überschuldeten Staaten und kranken Banken zu tun. Es ist enttäuschend, dass die Verlagerung der Bankenaufsicht auf die europäische Ebene an dieser falschen Rücksichtnahme bisher wenig zu ändern vermochte.

Die angeschlagenen deutschen Banken

Deutsche Bank und die Commerzbank laborieren seit der großen Finanzkrise an einer Abwärtstendenz:³ Sie finden trotz einigen positiven Entwicklungen seit Jahren nicht zum Normalbetrieb zurück. Die Aktienkurse beider Institute enthüllen die Probleme, die Notierungen liegen nahe an den historischen Tiefständen. Und auch für die weitere Zukunft überwiegt auf den Finanzmärkten die Auffassung: Aus zwei angeschlagenen Geldinstituten könnte durch Fusion in einem verschärften weltweiten Wettbewerb kein deutscher Champion entstehen. Kosteneinsparungen und Synergien stehen auf der To-Do-Liste, dazu ein stärkerer Personalabbau, als ihn jede Bank für sich alleine machen kann.⁴ Ein höherer Marktanteil könnte dem neuen Institut im zersplitterten Bankenmarkt helfen und für die expansive deutsche Wirtschaft ein stärkerer Partner im Auslandsgeschäft sein. Die weltweite Finanzkrise 2008/09 hatte den Banken ordentlich zugesetzt, insbesondere den Landesbanken sowie den großen Privatbanken. Zur Rettung der in Schieflage geratenen Banken musste viel Steuergeld verwendet werden, Milliarden an Euro wurden schlichtweg versenkt. Aus heutiger Sicht hat man bei den Banken-Rettungsaktionen den von der Finanzkrise betroffenen Banken deutlich zu viele Entscheidungsfreiheiten gegeben, die Politik hat sich das Ruder aus der Hand nehmen lassen.

Entwicklung der Deutschen Bank

Die Deutsche Bank wurde 1870 mit dem Ziel gegründet, die internationalen Handelsbeziehungen zu stärken. Heute ist sie weltweit in über 70 Ländern vertreten und spielt auf dem internationalen Finanzmarkt als kleinerer Akteur mit. Obwohl sie als Universalbank die gesamte Bandbreite der Banken- und Finanzdienstleistungen in ihrem Portfolio aufweist, lag der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit zuletzt auf dem Investmentbanking. Die Bank ist nach Bilanzsumme das größte Kreditinstitut der Bundesrepublik.

Gleichwohl sind die deutschen und europäischen Banken im internationalen Wettbewerb eben nicht auf der Überholspur. Die Kluft der europäischen Banken zu den Wall-Street-Geldhäusern wird immer größer: Alleine im Geschäftsjahr 2018 verdiente etwa JP Morgan 32,5 Mrd. US-Dollar – das ist fast das Doppelte des aktuellen Börsenwerts der Deutschen Bank.

Mit großer Sorge betrachten Beobachter seit langem den Zustand der Deutschen Bank: Sie ist nach der Finanzkrise geschrumpft, hat auch zehn Jahre später ihr Geschäftsmodell nicht gefunden, und eine Fusion ist kein überzeugender Weg für die überfällige Sanierung. Der Bankgigant würde zu einem noch größeren Problem. Die Finanzkrise hatte die deutsche Banklandschaft ordentlich in Bedrängnis gebracht, einzelne Kreditinstitute standen bereits über dem Abgrund.⁵ Nur durch große finanzielle Stützungen des Staates konnten Bankinsolvenzen



Vor der Deutschen Bank Berlin, 1921 (Foto: dpa)

vermieden werden. Neben kleinen regionalen Instituten wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die nicht dem Größenwahn verfallen waren, konnte sich lediglich die Deutsche Bank vordergründig ohne Probleme positionieren.

Die Deutsche Bank hatte in kürzester Zeit nach der Beinahe-Systemkrise ihr Geschäftsmodell breiter aufgestellt. Trugen in früheren Jahren nahezu ausschließlich ihre Londoner Investmentbanker zum Konzerngewinn bei, so hat, dank Zukäufen wie Postbank und Sal. Oppenheim, die Sparte Privat- und Geschäftskunden zunehmend zu Gewinnausweisen beigetragen.

Ein großes, hausgemachtes Problem ist die Stellung vom US-Investor Cerberus innerhalb der Deutschen Bank, die weit über die Drei-Prozent-Beteiligung eines Aktionärs hinausreicht.

Die Deutsche Bank hat Cerberus-Vertreter im vergangenen Jahr als Berater angeheuert mit dem Auftrag, die Erlöse zu steigern. Das führt zunehmend dazu, dass die Bank erneut verstärkt in Risiko-Anlagen geführt wird. Gleichzeitig hat die Deutsche Bank laut »Wall Street Journal« ausgerechnet seinem Aktionär Cerberus in 2018 einen Kredit über 5,7 Mrd. US-Dollar auslegt. Cerberus investierte dieses Geld in Geschäfte, die die Deutsche Bank selbst vermutlich niemals angefasst hätte. So sollen spanische Immobilienkredite, deutsche Schiffskredite, britische und irische Schieflagen-Kredite von notleidenden Banken erworben worden sein.

Die Deutsche Bank hatte in der Finanzkrise eine Stellung erreicht, die das Geldhaus nahezu unangreifbar machte. Politische Regulierungsversuche prallten einfach ab. Die Politik ließ sogar zu, dass die Deutsche Bank auf internationalem Parkett finanzpolitische Verhandlungen führte. Sie berät Regierungen und formuliert Gesetzestexte. Über allem kreist das Risiko: Sollte die Deutsche Bank aus welchen Gründen auch immer in Schieflage kommen, wird sie aufgrund ihrer Dimension, ihren Machtstrukturen und dem garantiert kommenden Argument »Systemrelevanz« immer aus Steuertöpfen gestützt werden müssen: »Too big to fail«.⁶

Die Gefahren liegen angesichts der Ertragsprobleme und des Gegenwinds im Investmentbanking auf der Hand. Dies ist der

wesentliche Hintergrund für die aktuellen Fusionsbestrebungen mit der Commerzbank.

Commerzbank

Über Jahrzehnte war in Deutschland die Rangliste der größten Banken in Stein gemeißelt: An der Spitze steht die Deutsche Bank, danach folgt die Commerzbank. Das galt besonders nach dem Kauf der Dresdner Bank durch die Commerzbank im Jahr 2009. Doch 2016 gab es tektonische Verschiebungen bei den Größenverhältnissen. Gemessen an der Bilanzsumme,

² Deutschland ist »overbanked«, hat also als Land viel zu viele Banken, weil Fusionen und Übernahmen sowohl bei Genossenschaftsbanken und Sparkassen als auch bei den privaten Geschäftsbanken als schwierig gelten: Die Zahl der Kreditinstitute ist von rund 3.000 im Jahr 2000 auf rund 2.050 im Jahr 2012 gesunken. Derzeit gibt es laut der Deutschen Bundesbank noch etwa 1.950 Banken zwischen Nordsee und Alpen. Die Konsolidierung des Sektors läuft also, vor allem bei den Genossenschaftsbanken, doch der Rückgang hat sich im Vergleich mit den Jahren 1990 bis 2007 deutlich verlangsamt. Die noch rund 32.000 Filialen teilen sich etwa gleichmäßig auf Sparkassen, Genossenschaften und Kreditbanken auf.

³ Die deutsche Bankenlandschaft fußt traditionell auf den »Drei Säulen«, nämlich a) den Sparkassen und Landesbanken, b) den Genossenschaftsbanken sowie c) den Privatbanken. Zunehmend entwickelt sich eine »vierte Säule«, bestehend aus ausländischen Kreditinstituten sowie Fin-Tech-Dienstleister. Resultierend aus der gewachsenen Bankenlandschaft, gibt es aktuell in Deutschland noch mehr als 1.800 rechtlich selbstständige Banken. In ganz Europa gibt es insgesamt etwa 5.000 Banken.

⁴ Bei einer Fusion der Deutschen Bank mit ihren 93.000 und der Commerzbank mit 49.000 Mitarbeiter*innen wäre ein massiver Personalabbau zu erwarten. Laut Beobachtern könnten über 30.000 Stellen betroffen sein.

⁵ Unter der rot-grünen Bundesregierung wurde der deutsche Finanzmarkt gründlich »liberalisiert«. Es wurde eine Steuerbefreiung für den Verkauf von Unternehmensbeteiligungen eingeführt, Finanzinvestoren, sogenannte Heuschrecken, wurden zugelassen usw. usw. Mitte 2007 fingen die stark überbewerteten Kreditmärkte an zu überhitzen, und dies global, nicht nur in den USA. Für Banken gab es in dieser Zeit einen schicken Trend: Darlehen wurden paketweise gebündelt und als verbriefte Wertpapiere auf dem Kapitalmarkt verkauft. Schon sehr früh hatte sich die Deutsche Bank dieser Möglichkeiten bedient. Am 29. September 2008 stellte das Bundesfinanzministerium das erste Rettungspaket zur Verfügung.

⁶ Martin Hellwig beantwortet die Frage: Können wir gelassen über global operierende große Banken reden, ohne gleich auf »too big to fail« zu kommen? Zentrale Probleme des Umgangs mit Schieflagen von Banken seien bis heute nicht gelöst. Die behaupteten Vorzüge solcher Bankgiganten stünden in keinem Verhältnis zu den Risiken und Kosten. (Martin Hellwig: »Können wir uns die Deutsche Bank leisten?«, in: FAZ vom 15.4.2019)

ist die Commerzbank von Platz zwei auf Platz vier abgerutscht. Den zweiten Platz hält nun die DZ Bank, das Spitzeninstitut der genossenschaftlichen Volks- und Raiffeisenbanken. Auch die staatliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) liegt nun vor der Commerzbank. Unangefochten bleibt die Deutsche Bank weiterhin die Nummer eins im Markt.

2009 schluckte die Commerzbank die Dresdner Bank. Sie erhielt für 9,8 Mrd. Euro den Zuschlag zum Kauf der Allianz-Tochter. Rund 9.000 Arbeitsplätze (13% aller Beschäftigungsverhältnisse) sollten sozialverträglich abgebaut werden. Rund 70% des geplanten Stellenabbaus entfielen auf Abwicklungs-, Steuerungs- und Produktionseinheiten sowie das Investment Banking. Von der Dresdner Bank ist nichts übrig geblieben. Insgesamt mussten von den ursprünglich 70.000 Mitarbeiter*innen über 20.000 ihren Hut nehmen. Auch nach einer Fusion von Deutscher Bank und Commerzbank würden Zehntausende Stellen abgebaut.

Die Commerzbank sieht sich beim langwierigen Konzernumbau weiter auf Kurs. Doch in der letzten Zeit musste das Geldhaus unerwarteten Gegenwind hinnehmen. Der starke Wettbewerb im Firmenkundengeschäft, der sich in einem ständigen Druck auf die Marge spiegelt, sowie die wachsende Unsicherheit bei den Unternehmen durch die weltweit zunehmenden Handelskonflikte sorgten dafür, dass die Bank ihre Prognose für diese Sparte nach unten revidieren musste. Auch bei den Kosten ist die Commerzbank nicht exakt im Korridor der Planvorgaben. Bis 2020 sollen die Kosten bei nur noch 6,5 Mrd. Euro liegen.

Mehr als im Soll ist die Commerzbank hingegen bei der Sparte Privat- und Unternehmenskunden. Hier hat das Institut das Volumen von verwalteten Wertpapieren, Krediten und Einlagen erneut gesteigert. Bis 2020 sollen in dieser Sparte 400 Mrd. Euro erwirtschaftet werden, sodass hier eine positive Korrektur der Ziele in der Luft liegt. Die Commerzbank gehört nicht zu den global systemrelevanten Kreditinstituten.

Ungemach droht dem Institut von der Börse: Das Gründungsmitglied des Deutschen Aktienindexes (DAX) steht aufgrund der gesunkenen Marktkapitalisierung vor einem Abstieg aus dem Leitindex. Zwar spielte Commerzbank-Finanzchef Engels die Folgen des Ausscheidens aus dem prestigeträchtigen Index herunter, doch würde der Abstieg in den weniger attraktiven MDAX für mittelgroße Unternehmen vermutlich zu einem Verlust von Investoren und somit schlimmstenfalls sogar zu einem (zumindest kurzzeitig) sinkenden Aktienkurs führen.

Vergleich USA-EU

Eigentlich sollten die Beispiele von Commerzbank und Dresdner Bank die Berliner Politik davon abhalten, noch einmal ein ähnliches Debakel zu riskieren. Aber in der deutschen Regierung hat die Idee eines »nationalen Champions« Rückhalt nach dem Motto: Die expansive Rolle der bundesdeutschen Wirtschaft ist nur zu halten, wenn auch im Bankwesen ein »Großinstitut« existiert. Daher die Illusion, dass aus zwei schwachen Instituten ein Champion entstehen könnte. Doch Größe ist noch kein Geschäftsmodell. Zusammenschlüsse müssen auf einem Geschäftsmodell gründen, das in Zeiten des disruptiven Wandels im Finanzwesen erst gefunden werden muss und die Erfahrung

gen der Finanzkrise von 2008 berücksichtigt. Die Deutsche Bank hat kein ähnlich starkes Private Banking wie die UBS oder die Credit Suisse, das für stetige Erträge gut ist.

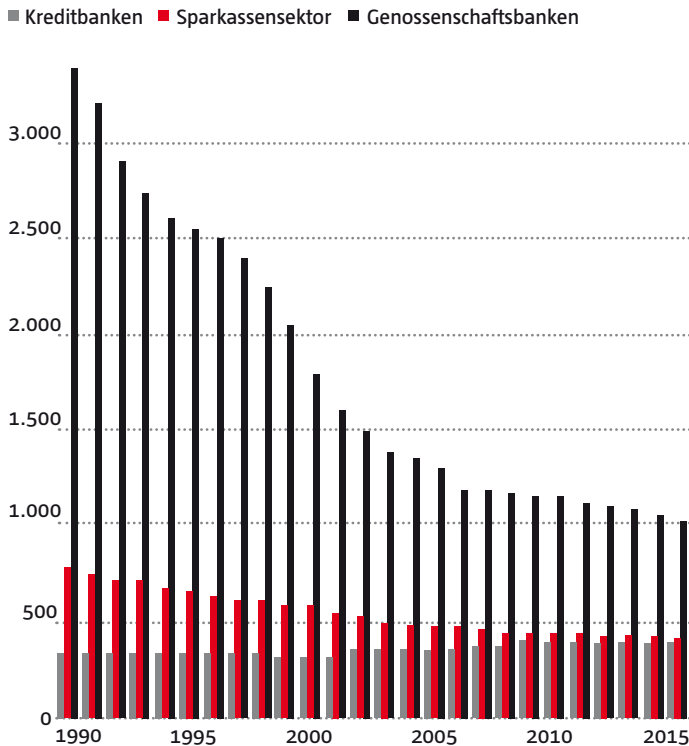
Die Geldhäuser in den USA sind aktuell nicht nur größer, sondern auch erheblich profitabler und insgesamt oft besser aufgestellt als ihre Konkurrenten in Europa. Das spiegelt sich in Kennzahlen wie dem Konzernergebnis, der Marktkapitalisierung, der Eigenkapitalrentabilität und der absoluten Höhe des Eigenkapitals. Allein der Blick auf das Konzernergebnis (unter Ausklammerung der Einmaleffekte durch die jüngste US-Steuerreform) zeigt, dass die zehn führenden Institute in der EU im vergangenen Jahr mit 46 Mrd. Euro nicht einmal halb so viel erwirtschaftet haben wie die zehn größten US-Banken mit 112 Mrd. Euro.

Auch die amerikanischen Banken sind von der großen Wirtschafts- und Finanzkrise massiv erfasst worden, aber sie sind viel besser herausgekommen als ihre europäischen Wettbewerber. Dazu beigetragen hat sicherlich die Zwangskapitalisierung der US-Institute, die es ihnen erleichtert hat, gesichtswahrend die eigene Bilanz zu bereinigen und so quasi einen Neustart zu absolvieren. Die Geldhäuser in den Vereinigten Staaten profitierten zudem davon, dass die Konkurrenz in Europa wenig später von einer »Staatschuldenkrise« in Mitleidenschaft gezogen worden ist, von der zahlreiche Banken direkt und indirekt betroffen waren: direkt, weil sie große Bestände von Staatsanleihen in ihren Büchern hatten, deren Werthaltigkeit nicht mehr über jeden Zweifel erhaben war, und indirekt, weil es in vielen Ländern der EU zu einer neuen und teilweise schweren Rezession gekommen ist. Der im Gegensatz dazu wesentlich robustere Wirtschaftsverlauf in den USA ermöglichte es den dortigen Banken, längst wieder Geld zu verdienen, während Europa noch mit großen hausgemachten Problemen kämpfte. Positiv wirkte sich in den letzten Jahren zudem aus, dass in den USA der Zinserhöhungszyklus bereits begonnen hat, während die europäischen Institute noch durch die Nullzinspolitik sowie die Strafzinsen der Europäischen Zentralbank belastet werden.

Für die bessere Performance der Banken jenseits des Atlantiks gibt es vor allem strukturelle Gründe. Strukturell haben die USA den deutlich attraktiveren Heimmarkt. Zwar weist die EU mit derzeit gut 510 Mio. Einwohner*innen (Euro-Zone 341 Mio.) gegenüber den USA mit rund 325 Mio. Bürger*innen einen viel größeren Markt auf. Doch das gilt nur auf dem Papier. Während die amerikanischen Banken von einem Wirtschaftsraum mit einheitlichen Gesetzen und Regulierungen profitieren, ist der Markt in Europa rechtlich und regulatorisch zersplittert. So gelten sogar in der EU oft nur ähnliche, aber eben nicht genau gleiche Regeln. Das liegt auch daran, dass Brüssel gesetzliche Vorgaben häufig in Form von Richtlinien (»directives«) erlässt. Diese müssen die EU-Mitglieder zwar in nationales Recht umwandeln, sie haben im Gegensatz zu Verordnungen (»regulations«) dabei aber einen gewissen Spielraum, den sie regelmäßig nutzen. So kann jedes Land seine eigenen Traditionen und Vorstellungen pflegen. Die Beibehaltung nationaler Eigenheiten ist allerdings für Banken, die gerne den gesamten europäischen Markt bearbeiten würden, teuer und ineffizient.

Der größere Heimmarkt erleichtert es den US-Banken, Skaleneffekte zu erzielen. Darüber hinaus gilt der Markt in den USA als attraktiver, weil Kreditinstitute für viele Dienstleistungen hö-

Abbildung 2: Anzahl der Kreditinstitute in den drei wichtigsten Bankensektoren



Quelle: Deutsche Bundesbank, NZZ-Infografik

here Gebühren verlangen können, als das in zahlreichen europäischen Märkten möglich ist. Darin, so lautet zumindest eine gängige Interpretation, spiegelt sich eine geringere Wettbewerbsintensität auf dem amerikanischen Markt. Das mag für den Retail-Sektor vielleicht gelten, aber vermutlich nicht für alle Bankdienstleistungen, seien es Angebote für Firmenkunden oder das Investment Banking. Wichtiger ist wohl, dass die USA während der Finanzkrise die Kräfte des Marktes zum Teil mehr haben spielen lassen als die EU. Entsprechend sind in den USA viele Banken in Konkurs gegangen und somit aus dem Markt verschwunden, während in Europa eine starke Tendenz zur Rettung von Geldhäusern herrscht, selbst wenn diese weit davon entfernt sind, systemrelevant zu sein.

Darüber hinaus haben in den USA Banken für die Volkswirtschaft aus historischen Gründen eine andere Bedeutung. Mehrere Faktoren dürften den transatlantischen Vergleich deshalb verzerren. So hat die Branche in den Vereinigten Staaten eine viel geringere Bedeutung für die Realwirtschaft. Dies hat primär mit der unterschiedlichen Unternehmensfinanzierung zu tun, die in Europa überwiegend durch Bankkredite und in den USA sehr stark über den Kapitalmarkt erfolgt. Das wiederum hängt damit zusammen, dass in Europa kleine und mittelständische Unternehmen ein starkes Rückgrat für die Wirtschaft sind, während in den USA größere Firmen und Konzerne oft eine dominierende Rolle spielen. Letztere finanzieren sich eher mit Anleihen und ähnlichen Produkten anstatt über die Hausbank. Zudem müssen in den USA Banken etliche Geschäfte nicht in ihrer Bilanz halten. Während auf dem alten Kontinent die Vergabe von Immobilienkrediten ein Kerngeschäft von Banken ist,

läuft diese in den USA über die halbstaatlichen Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac. Banken in den USA verbriefen Forderungen als Wertpapiere, die sie dann weiterreichen und nicht in ihren Bilanzen halten müssen. Auch der viel bedeutendere Markt für Schattenbanken, das sind unter anderem Hedge-Funds, Geldmarktfonds, Finanzinvestoren und andere Anlagefonds, verzerrt den Vergleich mit Europa. Das Gleiche gilt für die verwendeten Rechnungslegungsstandards, in den USA also US-GAAP und in Europa IFRS, wenngleich sich die beiden Standards einander zunehmend angleichen.

Zusammengefasst: Europäische Banken leben stärker vom Kreditgeschäft, was gut besichert nicht riskant sein muss, aber die Bilanz verlängert und deshalb mehr Eigenkapital erfordert, um die im Rahmen der Regulierung nach Basel III künftig vorgesehene Verschuldungsquote von 3% zu erreichen. Denselben Effekt hat der Umstand, dass Geldhäuser in Europa im Unterschied zu ihren US-Wettbewerbern Hypothekenkredite in der eigenen Bilanz ausweisen.

Zwar kann man generell festhalten, dass die europäischen Institute gegenüber ihren amerikanischen Konkurrenten ins Hintertreffen geraten sind. Doch ein Vergleich wird auch durch den in Europa weiterhin sehr national geprägten Bankenmarkt erschwert. In jedem Land existieren unterschiedliche Vor- und Nachteile für die heimischen Institute. So gibt es in Deutschland aufgrund der guten Wirtschaftslage und soliden Kreditvergabe nur sehr geringe Ausfallraten bei den Krediten, doch wegen des Drei-Säulen-Modells von Sparkassen, Genossenschaftsinstituten und Geschäftsbanken gilt der Markt als einer der wettbewerbsintensivsten der Welt (siehe Abbildung 2). Das ist gut für die Kund*innen, aber schlecht für die Rentabilität der Banken.

Die europäischen Banken haben auf die harten regulatorischen Anforderungen, deren Schärfe seit der Finanzkrise von 2008 laufend zugenommen hat, reagiert, indem sie bei einigen Geschäftsfeldern Anpassungen vorgenommen haben. So hat auch die Deutsche Bank ihre globalen Ambitionen aufgegeben. Das Obligationengeschäft in den USA wurde ebenso verkleinert wie der Aktienhandel. Das Handelsgeschäft wird so künftig weniger Kapital absorbieren, was die Bank in die Lage versetzen soll, dieses in Geschäfte mit einer höheren Rendite zu lenken. Und diese Strategie führt zwangsläufig wieder in Geschäfte mit höherem Risiko, womit sich der Kreis schließt.

Eine Beschränkung der Geschäftsaktivitäten muss aber nicht in jedem Fall eine schlechte Entscheidung sein. Wenn es eine Bank schafft, in gewissen Bereichen eine führende Stellung zu erlangen, erzielt sie unter Umständen eine höhere Rentabilität als die amerikanischen Giganten mit ihrer ausgeprägten Allrounder-Strategie.

Im Rückblick konstatierte der frühere DB-Chef Ackermann: »Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts schaffte es die Deutsche Bank unter dem Druck der einheimischen Exportwirtschaft, die sich einen starken nationalen Partner als Begleiter bei ihren globalen Geschäften wünschte, der Margenschwäche des durch Sparkassen und Volksbanken dominierten heimischen Privatkundengeschäfts und des zunehmend volatilen Unternehmenskreditgeschäfts, im modernen und gewinnträchtigeren Kapitalmarkt- und Verbriefungsgeschäft auf Augenhöhe mit den führenden amerikanischen Instituten zu kommen. Und

diese Position konnte sie auch nach der Finanzkrise noch jahrelang halten.«⁷

Jede Bank muss natürlich für sich selbst die beste Strategie finden. Doch mit der digitalen Revolution eröffnen sich für die zurückgefallenen europäischen Institute große Chancen, doch wieder aufzuholen. Sonst bliebe ihnen nur die Hoffnung auf eine bessere Neuordnung des Bankensektors durch eine künftige große Krise oder eine Flucht in alte Fehler, etwa den Wiedereinstieg in riskantere oder stärker zyklische Geschäfte wie bestimmte Formen des Investment Banking.

Es dürfte für Europas Banken möglich sein, wieder stärker an die amerikanische Konkurrenz heranzurücken und sich besser gegen die heimische Konkurrenz durchzusetzen. Dazu aber müssen sie die Möglichkeiten der Digitalisierung und neuer Geschäftsmodelle, wie sie oft kleine Fintech- und Startup-Firmen erarbeiten, radikal nutzen. Dazu gehören auch Technologien wie die Blockchain, die dezentrale Kontoführung (Distributed Ledger) und vieles mehr. Dies haben etliche Banken erkannt, wenngleich sie sich meist erst am Anfang des Prozesses befinden und manchen Instituten noch das Geld für die nötigen Investitionen fehlt. Doch dieser Weg des Wandels scheint vielversprechender, als sich in abenteuerliche Großfusionen mit meist höchst ungewissem Ausgang zu stürzen, wie dies die Bankenaufsicht penetrant fordert und es sich mancher Manager erträumen mag.

Das politische Problem

So wie Deutsche Bank und Commerzbank derzeit aufgestellt sind, sind sie nicht zukunftsfähig. Deshalb arbeiten beide derzeit massive Sparprogramme ab. Bundesfinanzminister Scholz unterstützt die Lösung einer Fusion, doch die wird unter Experten heiß diskutiert: Wenn schon in früheren Zeiten eine Fusion von zwei angeschlagenen Geldhäusern keine Garantie für eine ertragreiche internationales Institut war, dann gelte dies in Zeiten des massiven Wandels der internationalen Wirtschaft und des Finanzkapitals erst recht.

Grundsätzlich wird auch in Deutschland darüber debattiert, wie sich die deutsche Bankenlandschaft zukunftsorientiert aufstellen kann. Ein Teil der Expert*innen sieht diese Ausrichtung in weiteren Fusionen, sodass letztendlich maximal 150 bis 300 Kreditinstitute existieren.

Wir unterstützen die gegenteilige These, dass dadurch keine Probleme gelöst werden, im Gegenteil: Sie würden sich noch deutlich vergrößern. Traditionell hat die deutsche Wirtschaft ein breiter Mittelstand stark gemacht, der zudem mit Abstand größter Arbeitgeber ist. Die vielfältige Bankenlandschaft spiegelt diese Stärke. Zudem mussten ausschließlich die großen Bankenplayer nach der Finanzkrise mit Steuergeldern gerettet werden. Die Banken, die nah an ihren Kund*innen dran waren und für diese »da waren«, hatten sich erst gar nicht auf dieses dünne Eis begeben. Kund*innen, die sich international aufgestellt hatten, konnten sich trotzdem auf ihre »Banken vor Ort« verlassen. Über die Verbundstärke konnten diese Kund*innen auch im Ausland begleitet und betreut werden.

Ein weiterer, nicht zu unterschätzender Vorteil: Diese »kleinen Einheiten« sind für ausländische Investoren entweder zu

klein oder nahezu immun. Bei den Sparkassen wird schon laut Satzung kein privater Anteilseigner zugelassen, bei den Genossenschaftsbanken wird dieses über das Genossenschaftsgesetz faktisch ausgeschlossen. Zudem scheinen diese kleineren Einheiten auch deutlich innovativer auf geänderte Marktanforderungen reagieren zu können, in vielen Einheiten gibt es bereits Versuche in bzw. Kooperationen mit Fin-Tech-Unternehmen.

Unser Fazit: Die von Banken getriebenen Finanzmärkte müssen durch eine strenge staatliche Re-Regulierung europaweit eingebunden werden. Bei vielen Instituten ist eine Sanierung mit Blick auf den hohen Anteil von problembehafteten Krediten und Wertpapieren überfällig. Diese Sanierung ist nicht durch Konkurrenz und Konzentrationsbewegungen zu haben. Die Verwicklungen in die internationalen Derivategeschäfte sollten weit aus stärker eingeeengt und unterbunden werden. Überhaupt ist die Finanztransaktionssteuer ein sehr wichtiges Kontroll- und Steuerungsinstrument. Die Stoßrichtung der Finanztransaktionssteuer zielt darauf, die Banken der Zukunft auf ihre dienenden Funktionen für die Wirtschaft und den öffentlichen Sektor zu konzentrieren und Spekulationsgeschäfte dauerhaft auszuschließen. Gemessen an diesem Leitbild müssen die Banken, die den bisherigen Beinahe-Absturz der Finanzmärkte maßgeblich verursacht haben, zerschlagen werden. Davon betroffen sind vor allem die Banken mit hochriskanten Geschäftsbereichen im Rahmen des Investmentbankings.

Die globale Finanzkrise hat belegt, dass reichlich vorhandenes Finanzkapital ein Wachstum hervorrufen kann, das nicht zwangsläufig nachhaltig oder gesellschaftlich nützlich ist. Seitdem hat sich das Vermögen des weltweiten Bankensektors um rund 40 Bio. US-Dollar erhöht, und doch gibt es noch immer nicht genug nachhaltiges Wachstum. Es besteht ein großer Unterschied zwischen der Finanzierung von Investitionen in der Realwirtschaft und spekulativem Finanzkapital, das kurzfristigen Kapitalerträgen aus dem Handel mit bestehenden Vermögenswerten Priorität einräumt. In vielen Ländern wird langfristig orientiertes Finanzkapital zunehmend von öffentlichen Investitionsbanken zur Verfügung gestellt. Dabei kann es sich um nationale Einrichtungen wie die KfW in Deutschland oder multilaterale Institutionen wie die Europäische Investitionsbank handeln. Weil diese Banken in der Regel nicht unter Druck stehen, kurzfristige Renditen zu erzielen, können sie längerfristige Finanzierungen anbieten, die breiter gesteckte gesellschaftliche und ökologische Ziele priorisieren und einen anderen Ansatz in Bezug auf Risiken und Chancen verfolgen als Institute aus dem privaten Sektor. Statt Bankengiganten durch Fusionierung zu unterstützen, brauchen wir eine härtere Regulierung und Steuerung des Finanzsektors sowie die Förderung von Investitionen.

⁷ Josef Ackermann, Die fatale Spirale nach unten – zehn Jahre nach der Finanzkrise, 5.9.2018.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigegeführten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie Weltküche Müller Hoff
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

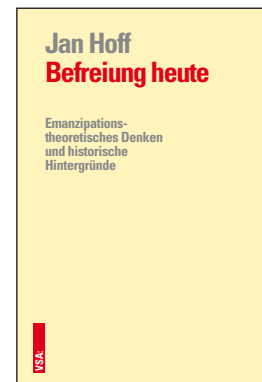
Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de